

Referat „NATO-Osterweiterung seit 1989: Staatsstreich und Demolierung BRD gegen DDR sowie 2+4-Vertrag“

im Rahmen des „Kolloquiums Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ am Freitag, 14. März 2025, aus Anlass des 90. Geburtstags von Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski, veranstaltet von Leibniz-Sozietät zu Berlin und Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin,
Ort: HTW Berlin, Campus Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstraße 75A, 12459 Berlin, Raum G001/G008, Vortragszeit dieses Referats 14:50 bis 15:15.

Amtliches Geschichtsnarrativ. Das regierungsamtliche Narrativ zur zeitgenössischen politischen Entwicklung in Deutschland lautet kurzgefasst etwa folgendermaßen:

1989 war die DDR zusammengebrochen, unter sowjet-kommunistischer Diktatur, Misswirtschaft und Auflehnung ihrer Bürger, die seit 1961 hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrt waren. Die großzügige Entschlossenheit der wertegeführten demokratischen BRD-Regierung und ihrer NATO-Verbündeten, die deutsche Einheit herzustellen, hat das geplagte Land befreit und gerettet.

Ablauf gemäß zugänglichen Quellen. Schaut man mit dem inzwischen möglichen Dokumenteneinblick genauer hin, zeigt sich allerdings ein dramatisch anderer Ablauf:

Wirtschaftliche Probleme, auch durch das Wettrüsten, hatten in der Sowjetunion ab 1985 unter Generalsekretär Michail Gorbatschow zu einer politischen Liberalisierung geführt, daraufhin zur schrittweisen Lockerung des sowjetischen Machtgefüges. Als sich in der Folge am 9. November 1989 die Berliner Mauer öffnete, sah sich US-Präsident George Bush senior als Sieger im Kalten Krieg, mit der Chance, nun seine NATO in Europa nach Osten auszudehnen.

NATO-Osterweiterung um die DDR. Als erster Schritt auf diesem Weg lag es für Bush geografisch nahe, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, die DDR, in die NATO zu holen. Die neue DDR-Führung unter Ministerpräsident Hans Modrow war in einer überfälligen politischen und wirtschaftlichen Reform engagiert, unter Einbeziehung oppositioneller Kräfte, neuer politischer Parteien und eines Bürgerrats „*Runder Tisch*“, der unter anderem den einvernehmlichen Entwurf einer Reformverfassung verantwortete. Nach nur einem Vierteljahr zeigte dieser Neustart in der DDR ein realistisches zukunftsweisendes Programm. Kurzfristig, für März 1990, war ein Termin für erste freie und geheime Parlamentswahlen angesetzt. Im Wirbel der Ereignisse von den Bürgern kaum bemerkt, war die DDR demokratischer geworden, als es die BRD jemals war. Auch hatte die Modrow-Regierung die Bereitschaft erklärt, die vertragliche Zusammenarbeit mit der BRD zu vertiefen.

BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl war seit 1982 in seinem demokratisch gestalteten Amt. Real war er aber leitender deutscher Beauftragter der westalliierten Besatzungsmächte. In dieser Rolle hatte er verlässlich Weisungen der US-Regierung befolgt, darunter die kontroverse Stationierung atomarer US-Mittelstreckenraketen „*Pershing-II*“ ausschließlich in der BRD. Seit Öffnung der Berliner Mauer arbeitete Kohl auf eine „*deutsche Einheit*“ unter seiner Führung hin. Binnen drei Wochen legte er hierzu einen „*10 Punkte-Plan*“ vor, mit Zehn-Jahres-Perspektive und einer Konföderation BRD-DDR

als Zwischenschritt. Doch nur Tage danach, am 4. Dezember 1989, wischte Bush diesen Plan Kohls vom Tisch und verordnete ein *vereintes Deutschland sofort*, das der NATO angehören müsse. Zügig schwenkte Kohl auf Bushs Weisung um.

Zwei Außenseiter. Mit dieser abenteuerlichen Zielvorstellung stand Kohl ziemlich allein da, denn sie ignorierte die unterschiedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von BRD und DDR während zwei Generationen. Auch Bushs Zielvorstellung einer NATO-Erweiterung schien völlig aus der Zeit gefallen, denn nach Ende des Kalten Krieges richteten sich die Hoffnungen der Menschen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung, ohne Militärbündnisse. Die Erfolgchancen der Außenseiter Bush und Kohl schienen also eher gering.

Zweistufige Strategie. Allerdings hatte Kohl einen Trumpf in der Hand, nämlich seinen Zugang zu erheblichen BRD-Geldmitteln. Auch wusste er, dass Einzelheiten seiner Handlungsweise den US-Präsidenten nicht interessierten, solange er nur das DDR-Gebiet in seine NATO bekäme. Dieser Freiraum erlaubte Kohl eine zweistufige Strategie:

Zunächst, um die politische Kontrolle zu erlangen, würde er Anfang 1990 mit Geldmacht durch einen Staatsstreich die DDR-Reformregierung Modrow gegen eine folgsame Regierung austauschen, mit deren Aufgabe, das DDR-Gebiet in die NATO zu bringen. Für die praktische Umsetzung hatten Kohls Minister einen juristischen Trick im BRD-Grundgesetz ausgetüftelt: Die DDR würde in der viermal bevölkerungsstärkeren BRD aufgelöst – und damit als Staat verschwinden.

Dies würde aber nicht reichen, um die Erfüllung von Bushs Weisung sicher zu *garantieren*. Denn 1989 hatte die DDR-Bevölkerung die erstaunliche Fähigkeit gezeigt, sich aus eigener Kraft von unerwünschter Herrschaft zu befreien. Der Kohlsche Staatsstreich mit dem Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft brächte zwangsläufig sehr unsoziale Konsequenzen für die DDR-Bürger, die an soziale Sicherheit gewöhnt waren. Erwartbar würde es also ab 1990 erneut zu Massendemonstrationen in der DDR kommen, mit der Wahrscheinlichkeit, Kohls Staatsstreich-Regierung durch eine sozialere DDR-Regierung zu ersetzen. Gleichzeitig würde die Bevölkerung voraussichtlich einen blockfreien, militärisch neutralen Weg für die DDR erzwingen, vergleichbar Österreich seit 1955.

Genau das war aber für Bush, also auch für Kohl unakzeptabel: Für die Osterweiterung der NATO ist das Gebiet der DDR als militärische Rollbahn unverzichtbar. Wie ließ sich also einer Bedrohung aus der DDR-Bevölkerung vorbeugen? Das Rezept war einfach: Die strukturelle Demolierung der DDR-Wirtschaft würde die dortigen Bürger derart in Alltagsprobleme stürzen, dass ihnen für politische Aktionen keine Kraft mehr bliebe.

Staatsstreich. Für den Staatsstreich bot sich Anfang 1990 die bevorstehende Parlamentswahl in der DDR an. Der Hebel war ein dort unbekannter Wahlkampf westlicher Art, für die DDR-Partei CDU finanziert mit BRD-Geldern. Die Regierung Modrow an den Rand drängend, verbreitete die CDU die Behauptung, die DDR sei pleite. Das war zwar falsch, klang aber glaubhaft. Kohls Versprechen „*D-Mark statt DDR-Mark, zum Umtauschkurs 1:1*“ und „*blühende Landschaften*“ verhiessen großzügige Wirtschaftshilfe aus der BRD. Dies machte die Mehrheit blind für die Erfolge und realen Eigenmöglichkeiten in der DDR. Dass der Glanz der Kohlschen 1:1-Medaille eine fatale Kehrseite hatte, nämlich den finanziellen Absturz der DDR-Wirtschaft, das wurde nicht vermutet oder nicht verstanden. In bereits privatisierten, westlich kontrollierten Medien

kam die DDR nur noch als heruntergekommener Unrechtsstaat vor, historisch abgehakt.

So gewann Kohl die Wahl in der DDR, obwohl er auf keinem Wahlzettel stand. Er installierte eine aus der BRD-gesteuerte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière. Sie hatte als Übergangsregierung nur die Aufgabe, die DDR bis zur deutschen Vereinigung zu führen, also bis zur Auflösung der DDR in der BRD. Gemäß Bushs Weisung hatte Kohl damit das DDR-Gebiet vorbereitet, NATO-Gebiet zu werden.

Demolierung. Nun ging es an die Demolierung der DDR-Wirtschaft. Hierfür überschrieb die Regierung de Maizière im Juli 1990 das DDR-Staatseigentum, „Volkseigentum“ genannt, an eine „Treuhandaanstalt“, bald darauf eine Unterbehörde des BRD-Finanzministeriums. Es ging um 8.000 Betriebe, 500 davon mit mehr als 1.000 Mitarbeitern, insgesamt fast 4 Millionen Mitarbeiter, 20.000 Quadratkilometer Agrarfläche, 25.000 Quadratkilometer Immobilien, Forsten und Seen, insgesamt 40.000 Geschäfte und Gaststätten, Stationen von Betriebsambulatorien und Gemeindeschwestern, Hotels, Ferienheime, Auslandsvermögen, Patente, Kulturgüter.

Der Gesamtwert des DDR-Volkseigentums lag nach DDR-Regierungsschätzung bei – umgerechnet – 600 bis 1.000 Milliarden Euro, nach Schätzung der Treuhand bei nur 300 Milliarden Euro; selbst dieser kleinere Wert entspricht einem Anteil von rund 19.000 Euro pro Kopf in der DDR.

Unter dem Motto „*Privatisieren vor Sanieren*“ wurden innerhalb von vier Jahren die Betriebe, Immobilien und Bodenflächen zu Schleuderpreisen an Privat verkauft, ohne die Seriosität und fachliche Eignung der Käufer zu prüfen. 95% gingen an Erwerber aus der BRD und dem Ausland, nur 5% kamen ins Eigentum von DDR-Bürgern.

Maritta Tkalec, *Eigentum des Volkes: Lehren aus dem Zusammenbruch*, Deutschland-Archiv, Bundeszentrale für politische Bildung, 06.01.2021,
<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/325018/eigentum-des-volkes-lehren-aus-dem-zusammenbruch/>

1989 lebten in der DDR rund 10 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Arbeitslose gab es fast nicht. Unter der DDR-Regierung de Maizière stieg die Zahl von De-facto-Arbeitslosen auf 3,3 Millionen, klassifiziert in echte „Arbeitslose“, „TeilnehmerInnen in arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen“ und „Unterbeschäftigte“.

Klaus Funken, *Keine Wende am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland: eine Zwischenbilanz im Jahre 1996, Teil II. Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsverhalten, Arbeitsmarkt*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1996,
<https://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00323001.htm>

Die DDR-Bürger waren im Schock gelähmt. Jahrzehntelang unter westlicher Medienpropaganda, aber ohne Möglichkeit, die westliche Realität selbst zu erleben, waren sie auf Hinterhältigkeit, wie sie sie nun erlitten, nicht vorbereitet.

Damit war aber in der DDR soviel Chaos erzeugt, dass Kohl einen Sturz der Regierung de Maizière durch koordinierten Bürgerwiderstand nicht mehr befürchten musste.

Warum fortgesetzte Demolierung? Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 hatte Kohl die Weisung Bushs zur Übergabe des DDR-Gebiets an die NATO in vollem Umfang erfüllt. Die Demolierung der DDR-Wirtschaft hätte er also stoppen können und müssen, denn verdünnt in der nun 80 Millionen starken vereint-deutschen Bevölkerung hätte die 20%-Minderheit der ehemals DDR-Bürger selbst bei vollzähligem Widerstand keine Änderung der Bundespolitik mehr bewirken können. Das ent-

standene Chaos hätte Kohl sogar der erledigten Regierung de Maizière anlasten können – und sich selbst als Retter der DDR in Szene setzen.

Das Zerstörungswerk der Treuhand lief aber weiter, aus rätselhaften Gründen. Denn es war nun auf Dauer mit dem Namen Helmut Kohl verbunden, als dem Verursacher. Nur informativ hier die Zahlen: Die genannte Summe von 3,3 Millionen De-facto-Arbeitslosen 1990 war 1991 hochgeschwollen auf 4,6 Millionen, 1992 auf den Spitzenwert 5,9 Millionen, 1993 etwas gesunken auf 5,2 Millionen. 1994 war die DDR deindustrialisiert.

Die ursächliche Korruption und Kriminalität bei Behörden, Regierung, Parlament und profitierenden „*Glücksrittern*“ im Zeitraum 1990-94 ist nur ansatzweise aufgeklärt. Christa Luft, ehemals Wirtschaftsministerin der DDR-Regierung Modrow, beschrieb den Vorgang mit den Worten:

„Die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten, und das unter den Augen der Bundesregierung und mit deren Duldung. Was nach dem Zweiten Weltkrieg in Jahrzehnten unter schwierigen inneren und äußeren Bedingungen in der DDR aufgebaut wurde, innerhalb von vier Jahren platt zu machen, ist eine „Leistung“, die ihresgleichen sucht“.

Christa Luft, „Das Alte des Westens wurde das Neue im Osten“, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland Archiv, 20.09.2020,

<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/311849/das-alte-des-westens-wurde-das-neue-im-osten/>

2+4-Vertrag. So glatt der Bush-Kohlsche Plan ablief, hatte er doch einen ernsten Schwachpunkt: Er brauchte die Zustimmung der Sowjetunion. Dies war kaum vorstellbar unter der bestehenden Forderung, die sowjetischen Besatzungstruppen müssten aus der DDR abziehen, während die westalliierten Besatzungstruppen mit Atomwaffen in der BRD bleiben und zusätzlich das DDR-Gebiet übernehmen würden, fortan unter der Fahne „NATO“.

Hier kam aber hilfreich die Wirtschaftskrise der Sowjetunion ins Spiel: Es war bekannt, dass Gorbatschows Machtposition intern gefährdet war, durch Widerstand aus dem Moskauer Politbüro gegen seine Linie. Er galt als dem Westen gegenüber zu nachgiebig. Dies hing damit zusammen, dass Gorbatschow westliche Wirtschaftshilfe brauchte, sie aber nur für politisches Entgegenkommen erhielt. Die Hilfgelder stammten ausschließlich aus der Verfügung Kohls, denn Bush konnte solche Mittel für den Noch-immer-NATO-Gegner Sowjetunion nicht freimachen.

Trotz westlicher Abneigung ließ sich angesichts der Schwere der Vorgänge ein völkerrechtlicher Vertrag mit der Sowjetunion nicht vermeiden. Nach spannungsreichen Verhandlungsrunden unterzeichneten am 12. September 1990 in Moskau die 2 deutschen Staaten und die 4 Besatzungsmächte Deutschlands den „2-plus-4-Vertrag“. Er trat nach allseitiger Ratifizierung im März 1991 in Kraft.

Der Vertrag gibt dem vereinten Deutschland die Souveränität und erlaubt ihm die Mitgliedschaft in Bündnissen eigener Wahl, also konkret in der NATO. Somit ist die DDR formell zu NATO-Gebiet geworden. Der Vertrag legt der vereint-deutschen Regierung dauerhafte Verpflichtungen auf, niemandem sonst.

Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Geschichte, Deutsche Einheit, 12.09.1990

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>

Entscheidend für die Praxis des 2+4-Vertrags ist dessen Verbot der ausländischen militärischen Nutzung von Gebiet und Luftraum der ehemaligen DDR, als Preis für den

dortigen Abzug der sowjetischen Truppen. Der entscheidende Wortlaut ist der Schlusssatz von Artikel 5 Absatz 3:

„Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“.

Dies ist noch präzisiert durch eine „Vereinbarte Protokollnotiz“:

„Alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes "verlegt", wie es im letzten Satz von Artikel 5 Absatz 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewussten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.“

Eine sprachliche Ungenauigkeit: In der deutschen Fassung im Schlusssatz von Artikel 5 Absatz 3 wird die Formulierung „dorthin verlegt“ verwendet, in den englischen, russischen und französischen Fassungen steht übersetzt statt „dorthin“ die Formulierung „dort“ („there“, „tam“ und „y“) .

Treaty on the final settlement with respect to Germany (with agreed minute). Signed at Moscow on 12 September 1990, United Nations, Treaty Series, Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the Secretariat of the United Nations, Volume 1696, I-29226, S. 115 ff,
<https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%201696/v1696.pdf>

Bilanz der deutschen Einhaltung des 2+4-Vertrags. Die deutschen Regierungen präsentieren sich als Hüter von Völkerrecht und moralischen Werten. Solches Verhalten ist für das verletzte Deutschland in kritischer geografischer Lage unverzichtbar, denn es ist durch das Völkerrecht nur dann geschützt, wenn es selbst das Völkerrecht einhält.

Deshalb verwundert es, dass die deutschen Regierungen seit den 1990er Jahren die über Jahrzehnte gewachsene, hochsensible und wertvolle Vertrauensbasis mit Russland mutwillig zerstört haben, durch rechtswidriges und wortbrüchiges Verhalten und durch massenhafte Verletzungen des 2+4-Vertrags. Hier aus der umfangreichen Mängelliste nur drei Beispiele:

- 1999 Teilnahme der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Angriff der NATO gegen Jugoslawien.

Bundesverfassungsgericht, *Beschluss vom 25. März 1999, 2 BvE 50/99*, Pressemitteilung Nr. 38/1999, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1999/03/es19990325_2bve000599.html

Das Gericht verwirft zwar eine vorliegende Organklage der Bundestagsfraktion der PDS, ohne in der Sache zu entscheiden. Das Gericht gibt aber die Klagegründe wieder, laut denen die deutsche Kriegsteilnahme völkerrechtswidrig gewesen sei.

- Seit 2022, dem russischen Angriff auf die Ukraine, ausländische Waffenlieferungen durch das Gebiet der ehemaligen DDR hindurch und dortige Waffenausbildung ausländischer Soldaten, ferner seit 2024 Deutschland einschließlich der ehemaligen DDR als „Drehscheibe der NATO“, also als Rollbahn für ausländische Militärkonvois aus Westeuropa an die russischen Grenzen.

Deutschland: Drehscheibe der NATO, Bundeswehr, 13. Dezember 2024, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/auftrag-territoriales-fuehrungskommandos/deutschland-drehscheibe-der-nato>

Zitat aus einem Szenario: „Ein Fahrzeugkonvoi der US-amerikanischen Streitkräfte soll sich in Kürze aus Deutschland auf den Weg in den Einsatzraum im Nordosten des NATO-Bündnisgebiets machen. Die fiktive Marschroute führt vom Entladeflughafen (Airport of Debarkation) in Köln über Frankfurt und Gera nach Görlitz.“

- 2024 Eröffnung eines NATO-bezogenen Marinekommandos in Rostock, mit dortiger Stationierung ausländischen Militärpersonals.

Führungsstab DEU MARFOR, Bundeswehr, Marine, 1. Oktober 2024,

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/organisation/fuehrungsstab-deu-marfor>

Soweit bekannt, blieb Russland gegenüber dem rechtswidrigen deutschen Verhalten überraschend duldsam. Erstmals reagierte die russische Regierung im Oktober 2024 mit einer diplomatischen Beschwerde auf die erwähnte Eröffnung des Marinekommandos in Rostock. Die Bundesregierung wies den Vorwurf sofort zurück, mit Begründungen, die mit dem Vertragstext nicht vereinbar sind, sondern ihn sinnwidrig umzudeuten versuchen. Berlin lieferte damit an Moskau den diplomatischen Beweis, den 2+4-Vertrag nicht unabsichtlich, sondern vorsätzlich zu brechen und einem klärenden Dialog mit Moskau über diesen Völkerrechtsbruch auszuweichen.

Jedenfalls ist praktischer Regelungsbedarf hinsichtlich der heute noch bestehenden Aufgaben der DDR entstanden, denn die Regierung des vereinten Deutschland als die einzige verbliebene deutsche Partei des 2+4-Vertrags verstößt unter anderem gegen Art. 5 Abs. 3. Genau genommen handelt es sich um einen „1+4-Vertrag“. Zwar existiert die DDR als handlungsfähige Organisation nicht mehr, aber die geografisch deckungsgleiche Gemeinschaft der fünf Ex-DDR-Bundesländer besteht weiter. Von ihr kann also verlangt werden, dass sie anstelle der Bundesregierung die aus dem 2+4-Vertrag bleibenden Verpflichtungen erfüllt. Mittels ihrer Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, etwa mittels der Polizei, haben die Länder die faktische Möglichkeit, für die Einhaltung des 2+4-Vertrags auf ihrem Gebiet zu sorgen.

Im übrigen ist laut Einigungsvertrag von 1990 die DDR als *Gesamtheit* der BRD beigetreten, *nicht* die Länder der DDR *einzel*n. Diese Klammer um die DDR-Länder wurde niemals aufgelöst.

An wen kann sich Russland also wenden, um diplomatisch die Problematik der bundesdeutschen 2+4-Völkerrechtsbrüche zu klären? Und sollte diese Klärung nicht erfolgen, *bevor* in Moskau politisch-militärischer Druck entsteht, in Richtung einer legalen russischen Selbstverteidigung, nämlich die Schutzwirkung des 2+4-Vertrags gewaltsam zu bewirken, etwa durch Unterbrechung von Transit-Verkehrswegen durch das Gebiet der ehemaligen DDR? Autobahnkreuze? Elbbrücken?

40 Jahre lang hatten BRD und DDR neben einander bestanden. 35 Jahre nach ihrer Vereinigung scheinen die Unterschiede zwischen ihnen nicht nivelliert, sondern eher noch verstärkt, siehe das Ergebnis der Bundestagswahl 2025. Ein neben dem 2+4-Vertrag ebenfalls besonders das DDR-Gebiet betreffendes Thema ist die deutsche Verfassung, wie vom Grundgesetzartikel 146 gefordert. Die Verfassung müsste vermutlich für das ostdeutsche Gebiet die DDR-Reformverfassung von 1990 berücksichtigen. Ein weiteres aktuelles Thema ist die Kriegsdienstverweigerung durch freie persönliche Entscheidung, entsprechend der Regelung für die einstigen DDR-„*Bausoldaten*“, also ohne eine staatliche „*Gewissensprüfung*“ wie in der BRD-Wehrpflicht.